

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig-Konto: Stadtbank Dresden, Girokonto: Dresdner Bank, Dresdner Bank, Dresdner Bank

Lagezeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Kochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpörsitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales: Carl Drape für den übrigen Inhalt: Eugen Berner beide in Dresden.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
93. Jahrgang

Nr. 2

Sonnabend/Sonntag, den 3./4. Januar

1931

„Vorwärts und aufwärts auch im Notjahr 1931!“

Der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, hat an die Reichsmarine folgenden Erlaß gerichtet:

„In dankbarer Anerkennung der treuen Mitarbeit im verflochtenen Jahr spreche ich allen Angehörigen der Reichsmarine meine besten Wünsche für das neue Jahr aus. Auch für das Notjahr 1931 gelte: In stiller, selbstloser Arbeit wieder vorwärts und aufwärts!“

gez. Raeder, Admiral Dr. h. c.
Chef der Marineleitung.“

Das Reichskabinett vor schwerwiegenden Beschlüssen

Am 12. Januar wird der Reichskanzler von seiner Reise nach dem Osten wieder nach Berlin zurückgekehrt sein, am 15. Januar tritt Minister Curtius die Fahrt nach Genf an, wo diesmal mit der deutschen Minderheitsbeschwerde und dem Termin der Abrüstungskonferenz für Deutschland besonders wichtige Gegenstände auf der Tagesordnung des Völkerbundrates stehen. Zwischen dem 12. und dem 15. Januar wird sich deshalb das Reichskabinett zu wichtigen Beratungen versammeln, die sowohl der auswärtigen wie der inneren Politik gelten werden.

Man wird die letzte Entscheidung über die in Genf zu erhebenden Forderungen treffen und dabei wohl auch die Frage erörtern, was geschehen soll, wenn das Ergebnis der Genfer Tagung diesen Forderungen nicht entspricht.

Die Entscheidungen sind deshalb besonders verantwortungsvoll, weil davon unter Umständen auch die Stellung des Ministers Curtius berührt wird, gegen die Rechte spätestens Anfang Februar zu einer neuen Offensive auszuholen wird.

Was die innere Politik betrifft, so wird sich das Kabinett hauptsächlich mit dem Verlangen der Deutschen Volkspartei zu beschäftigen haben, das in dem neuen Etat zur Sicherung des Gleichgewichtes weitere 300 Millionen Ausgaben abgeschrieben werden sollen.

Wirth und Groener sollen zur Verantwortung gezogen werden

Wie der Nationalsozialistische Parlamentsdienst mitteilt, haben die Nationalsozialisten einen Antrag im Reichstag eingebracht, wonach der Reichsinnenminister Dr. Wirth und der Reichswirtschaftsminister Dr. Groener wegen Verletzung der Reichsverfassung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angeklagt werden sollen, sowie ferner ein Untersuchungsausschuß zur Aufklärung darüber eingesetzt werden soll, inwieweit bestimmte Summen des Haushaltes für parteipolitische Zwecke, wie für die Ueberwachung der NSDAP, durch Ministerialdirektor a. D. Spieder oder für die Beschaffung des Landes Thüringen verausgabt worden seien.

Die Verfassungsverletzung Dr. Wirths wird in dem Antrag, in den nach Ansicht der Nationalsozialisten bewußt unwahren Behauptungen, die NSDAP, verfolge hochverrätherische Ziele und Mitglieder der NSDAP, dürften infolgedessen nicht als

Polizeibeamte verwandt werden, sowie ferner in der Sperrung der Reichszuschüsse für Polizeiwesen für das Land Thüringen gesehen. Die Rechts- und Verfassungswidrigkeit seines Vorgehens habe Dr. Wirth selbst zugegeben, indem er am 22. Dezember 1930 die Sperre der Polizeigelder habe wieder aufheben müssen.

Die Verfassungsverletzung des Reichswirtschaftsministers Groener wird in dem Erlaß vom Jahre 1929 gesehen, wonach alle in Reichswirtschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die der NSDAP angehörten, zu entlassen seien. Die Verfassungswidrigkeit dieses Erlasses sei in einem Urteil des Amtsgerichtes Wilhelmshaven von Anfang Dezember 1930 festgestellt worden.

Wilder Streik im Ruhrgebiet

Obwohl das Schlichtungsverfahren im Lohnkonflikt des Ruhrbergbaus noch nicht beendet ist, versuchen die Kommunisten jetzt schon, eine Streikbewegung zu inszenieren.

Am Freitag sind zur Frühstück mehrerer tausend Arbeiter auf verschiedenen Becken zur Arbeit nicht erschienen. Betroffen sind die Reviere Hamborn, Gladbeck, Hamm und Vuer. Da die Gewerkschaften der Bewegung absolut fernstehen und sie ablehnen, rechnen die Unternehmer mit einem baldigen Abflauen der Streikerei.

Hätte das Polen auch getan?

Curtius verzichtet auf den Ratsvorsitz

Wie bereits in einem kleinen Teile der gestrigen Ausgabe berichtet, ist nunmehr in der Frage des Vorsitzes auf der nächsten Genfer Tagung des Völkerbundrates die schon angekündigte Änderung erfolgt. Statt Reichsaußenminister Curtius wird Minister Henderson den Vorsitz auf der Januaragung innehaben, auf der nächsten Tagung im Sommer Dr. Curtius.

Die Deutschnationalen billigen diesen Tausch nicht

Die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven und Dr. Ober, haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Nach Zeitungsmeldungen beabsichtigt der Reichsaußenminister auf den ihm zustehenden Vorsitz in der Januaragung des Völkerbundrates zu verzichten. Als Begründung wird in der Presse darauf hingewiesen, daß die Führung des Vorsitzes mit der Ver-

tretung der deutschen Interessen bei der Verhandlung über die Vorkriegsfrage nicht vereinbar sei. Der von dem Außenminister beabsichtigte Verzicht auf den Vorsitz stände im Widerspruch zur Praxis des Völkerbundes. Bisher hat kein Ratsmitglied auf den ihm zufallenden Vorsitz verzichtet, auch wenn Fragen zur Beratung standen, die seine Interessen berührten. Es entsteht daher der Eindruck, als sei die Absicht des Außenministers, falls sie vorliegt, auf auswärtige Einflüsse oder gar auswärtigen Druck zurückzuführen, denen Urheber eine Schwächung der deutschen Stellung im Auge habe.“

Wir fragen die Reichsregierung, ob eine solche Absicht des Außenministers ihre Billigung findet, obgleich durch einen solchen Schritt die deutschen Interessen geschädigt würden und obgleich ein Präzedenzfall für ihn nicht besteht?

Dr. Curtius wird in Genf beweisen müssen, daß er sich tatsächlich durch den Tausch der Präsidentschaft des Völkerbundrates freiere Hand verschafft hat. Erst dann wird sich auch endgültig zeigen, ob Deutschland nicht eine Position freiwillig aufgegeben hat, deren Ausnutzung von Wert gewesen wäre.



Neujahrsempfang beim deutschen Reichspräsidenten

Die Ehrenwache der Reichswehr marschiert vor dem Reichspräsidentenpalais auf, wo sie bei der An- und Abfahrt der Diplomaten die militärischen Ehrenbegleitungen erweist.

Wie vom Gewerkschaften Christlicher Bergarbeiter mitgeteilt wird, hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft seine Mitglieder aufgefordert, weiterzuarbeiten.

Im Emsen, Bochumer und Dortmund Revier ist es ruhig. Polizei ist noch nirgends eingekerkert worden. Es steht zweifellos fest, daß die gewalttätigen Arbeitsverhinderungen, wie sie sich am Freitagmorgen auswirkten, ausschließlich von kommunistischen Betrieben vorgenommen wurden und ihren Ausgang auf einer Konferenz der RGO. genommen haben, die am Neujahrstage in Gelsenkirchen abgehalten wurde. Bezeichnend sind die ausgegebenen Streikparolen: Aufstellung von Streikposten unter Hinzuziehung von Jugendlichen, Bildung von Erwerbslosenstaffeln. Die Unterbrechung der Gas-, Wasser- und Stromversorgung wurde als notwendig bezeichnet.

Der freigewerkschaftliche Bergbau-Industrie-Arbeiter-Verband teilt mit, daß nach den neuesten Feststellungen im Ruhrgebiet rund 11 v. H. der Belegschaften der Arbeit ferngeblieben sind. Die Arbeitsniederlegung wurde fast überall gewalttätig durch kommunistische Stotrupps erzwungen.

Ein Unbeteiligter als Todesopfer

Beim Anfahren der Nachtschicht am Spätabend des Freitags kam es vor Schacht V der Zeche Rheinpreußen in Wärs wieder zu großen Menschenanmassungen. Als die Polizei damit beschäftigt war, die Streikenden zurückzudrängen, wurden plötzlich Schüsse abgegeben. Die Polizei erwiderte die Schüsse sofort, und es kam zu einem regelrechten, mehrere Minuten anhaltenden Feuergefecht, in dessen Verlauf ein Unbeteiligter, der Bahnwärter Hacklein, von mehreren Schüssen getroffen wurde. Er ist, als die Ruhe wieder hergestellt worden war, sofort dem Krankenhausle transportiert worden, wo er aber nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlag. Wie es heißt, sollen noch mehrere Personen leichte Schußverletzungen erhalten haben.

Am 7. Januar wird verhandelt

Wie verlautet, haben sich die Parteien im Ruhrgebiet gegenüber dem Schlichter bereit erklärt, zu neuen Verhandlungen am Mittwoch, dem 7. Januar, zusammenzutreten.

Ein positives Ergebnis der neuen Verhandlungen sollte um so eher erwartet werden dürfen, als sich im Laufe des ersten Verhandlungsabschnitts die Differenz zwischen den Forderungen der Unternehmer (ursprünglich 12% Lohnabbau) und dem Angebot der Gewerkschaften (ursprünglich Ablehnung jeder Lohnsenkung) von 12 auf 4% ermäßigt hat (8% Forderung der Unternehmer, 4% Angebot der Gewerkschaften). Der Schlichter scheint eine Lohnsenkung um 6% für angemessen zu halten.

Ehrenbreitstein hat kein Geld für die Beamtengehälter

Die Finanzlage der ehemaligen Festungsstadt Ehrenbreitstein, deren Einwohner bis 1918 fast ausnahmslos von der Garnison lebten, später aber durch die Besetzung und Entmilitarisierung immer mehr verarmten, ist jetzt geradezu trostlos. Nachdem am Silvesterabend morgens die Mitteilung über die Ernennung des Staatskommissars eingegangen war, folgte mittags bei der Gehaltszahlung an die Beamten und Angestellten eine neue Ueberraschung. Die Kassenbestände der Stadt reichten nicht mehr aus, um die fälligen Gehälter zu zahlen, so daß an alle Beamten und Angestellten nur ein Betrag von je 50 Mark gezahlt werden konnte.